

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 2

Artikel: Solidarnotstand
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093622>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Solidarnotstand

Am 18. Januar fasste das Zentralkomitee der Partei in Warschau seinen Beschluss über den politischen und gewerkschaftlichen Pluralismus, was die vorbehaltliche Wiedenzulassung der Solidarnosc bedeutet. Die Vorbehalte nehmen sich schlau aus, aber geboren worden sind sie aus schierer Hilfslosigkeit.

Die meisten Polen reagierten auf die ZK-Resolution mit überzeugter Entrüstung über die neueste Perfidie der Partei, und das ist gut verständlich.

Die Partei will, um es auf die Kurzformel (des zunächst noch nicht amtlich veröffentlichten Textes) zu bringen, die alternative Gewerkschaft unter der Bedingung anerkennen, dass sie sich nicht alternativ verhält. Die Solidarnosc soll vor ihrer definitiven Legalisierung eine zweijährige Probezeit bestehen und in dieser Zeit ihr Wohlverhalten unter Beweis stellen. Insbesondere darf sie keine Streiks organisieren oder unterstützen, insbesondere muss sie sich von jenen Gruppierungen lossagen, die das Regime heute «extremistisch» zu nennen beliebt, nachdem es bis anhin die Solidarnosc insgesamt so genannt hat.

Tatsächlich ist es nicht zu leugnen, dass sich die Solidarnosc danach im Dilemma befindet. Sie hat im verbotenen Zustand mit neugewonnener Kraft um ihre Wiedenzulassung gekämpft und kann sie jetzt haben. Um den

In dieser Nummer

Als CH-Student in Polen	4
Bericht eines Seminarteilnehmers	
Warum ich nicht unterschrieb	6
Eine sowjetische Betrachtung zu den Morden unter Lenin	
So kann man nicht leben	9
Warum ist eigentlich der Systemwechsel tabu? Eine Moskauer Satire	
Die neue Volksvertretung	10
Zur Teilrevision der sowjetischen Verfassung	
Und die Wirtschaft?	13
Joseph Pozsgai weiter über seine Gespräche in Ungarn	
Perestrojka-Umfeld	16
Buchtipp zu einem aktuellen Thema	

Preis einer teilweisen Selbstverleugnung, aber doch mit den normalisierten Möglichkeiten einer Einflussnahme auf das gesamte öffentliche Leben. Und die Verweigerung könnte so aussehen, dass die Solidarnosc mit einem sturen «Alles oder nichts» die politische Existenz der Nation aufs Spiel setzt.

Andererseits: Wenn die Solidarnosc in die regimegestellten Bedingungen einwilligt, gibt sie tatsächlich einen Teil ihrer Identität auf, vielleicht sogar gerade jenen Teil ihres Wesens, der sie in den letzten Monaten wieder zum Symbol der Polen hatte werden lassen: die kämpferische Vertretung der Werktätigen. Und die praktischen Folgen wären keineswegs nur imagebezogen. Eine streikscheuende Solidarnosc würde (und die Ansätze dazu sind schon zuvor erkennbar geworden) dem Regime die Aufstellung eines eigenen politischen Feuerwehrcorps ersparen; die Solidarnosc würde im unmittelbaren Sinn das erste Unmutobjekt aufbegehrender Arbeiter, und auch diesbezüglich haben im heissen Herbst des letzten Jahres die Indizien nicht ganz gefehlt.

Also ein Meisterstreich der Parteiführung? Keineswegs. Die ZK-Resolution bliebe sogar dann ein strategischer Misserfolg, wenn sie ein taktisches Glanzstück gewesen wäre, und das war sie nicht. Sie war vielmehr das Resultat einer erbitterten Auseinandersetzung vor dem ZK-Plenum, das sich erst nach zusätzlichen Sitzungen kurz vor der Zerreißprobe zu einer dürrig geklitterten Einheit fand. Und das ist durchaus begreiflich. Wenn das Regime nämlich auf das Taktieren angewiesen ist, um der verbotenen Solidarnosc zu begegnen, dann widerspricht es seinem eigenen Arbeitervertretungsanspruch ganz direkt, dann desavouiert er seine gesamte Sozialismusrettungspolitik von 1981 bis heute, dann gibt es zu, dass ihm nur Ausflüchte übrig bleiben, seien sie auch «schlau». In diesem Sinne hatten die «Betonköpfe» auf dem Plenum durchaus recht: Die Partei hat ihre Führungsrolle verloren, und selbst ein hinterhältig gemeintes Kollaborationsangebot an die Solidarnosc bedeutet den Verzicht darauf, die verlorene Führungsrolle wiederzugewinnen.

Das schafft das Dilemma der Solidarnosc nicht aus der Welt. Aber es macht klar, dass die Hüter der bestehenden Ordnung nichts zu liefern haben ausser Rückzugsefekte. Dass die Polen, die in ihrer immer mieser werdenden materiellen Situation dort und



«Szpilki», Warschau, Nr. 47/1988

jetzt darunter zu leiden haben, von dieser Erkenntnis nicht satt werden, ist klar. Sie fühlen sich einmal mehr von den Machthabern übers Ohr gehauen und sind erbittert. An der manifest gewordenen Kläglichkeit des Systems ändert das nichts.

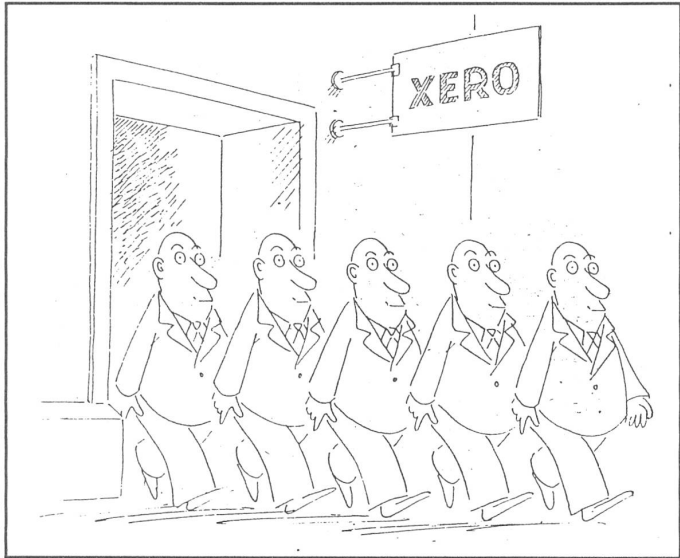
Das Vorspiel zur ZK-Sitzung vom Januar war ein TV-Ereignis vom Herbst gewesen.

Am 30. November hatten sich Lech Walesa und Alfred Miodowicz, Politbüromitglied und Leiter der offiziellen Gewerkschaften, ein Fernsehduell geliefert, das die Stimmung in Polen schlagartig veränderte. Die verbotene, aber längst geduldete Solidarnosc wurde nunmehr auch salonfähig. Niemand wollte sie mehr entsprechend dem Parteivokabular «extremistisch» nennen, und Walesa war plötzlich der Mann der vernünftigen Mitte. Miodowicz seinerseits, an sich kein schlechter Redner, musste sich auftragsgemäss auf die Apologie «seiner» Gewerkschaften konzentrieren, und das konnte nicht viel hergeben, denn diese Organisation ist weder fähig noch willens, auf die wichtigsten Probleme der Arbeiterschaft einzugehen. Die angeblichen Gewerkschaftsaktivisten jener Couleur rekrutieren sich tatsächlich fast zu 90 Prozent aus den Rängen der Parteifunktionäre. Ihre faktische Rolle in den Betrieben beschränkt sich darauf, korrupte Parteiorganisationen zu unterstützen. Die Fernsehdebatte verliert der Gewerkschaft Solidarnosc sofort neuen Schwung. In gut 200 Betrieben liess man quasi offiziell Solidarnosc-Organisationen zu, und in hunderten von anderen Betrieben liefen die Vorbereitungen dazu an.

Das drohende *Fait accompli* zwang die Parteiführung, ihre Haltung zum Motiv Gewerkschaftspluralismus neu zu überdenken. Weder polizeiliche Massnahmen noch propagandistische Kampagnen hatten sich der Solidarnosc gegenüber als wirksam erwiesen. Und was immer man gegen die feindliche Rolle von Walesa vorbrachte, trug nur dazu bei, sein Ansehen in der Bevölkerung zu heben, und das keineswegs bei den Nichtkommunisten allein.

Dazu kam, dass sich die Wirtschaftslage des Landes weiterhin verschlechterte. Neue

LIEBE LESER



«Szpilki», Warschau,
Nr. 47/1988

Streikwellen und Unruhen schienen möglich, und man sagte sich, dass die Gefahr nur mit Hilfe der Solidarnosc zu bannen sei.

So kam es zur Regimewende vom 22. Dezember, als Ministerpräsident Rakowski einige warme Worte an Walesa richtete, ihn der «konstruktiven Opposition» zurechnete und ihm ein «anderes politisches Profil als vor sieben Jahren» zubilligte, das heisst andichtete.

Den Hintergrund bildete eine schlechte soziale Lage (die wir in der letzten Nummer geschildert haben) und die zu dem Zeitpunkt noch bevorstehenden Preiserhöhungen vom 1. Januar. Da schien es dem Ministerpräsidenten ratsam, den Polen mangels anderer Dinge wenigstens Versöhnlichkeit aufzutischen.

Gleichzeitig freilich musste man das der Parteiführung insgesamt schmackhaft machen, und das war nicht leicht. Unmittelbar vor Weihnachten rief man ein erstes ZK-Plenum über die Solidarnosc ein, und Rakowski soll den darum herum redenden Genossen die Optionen mit der Kurzformel «Liquidieren? Tolerieren? Kooperieren?» drastisch vor Augen geführt haben. Indessen zogen es die 230 Mitglieder vor, ihre Handlungsfähigkeit am Gegenstand anderweitiger personeller Veränderungen zu beweisen, die in reichem Ausmass beschlossen wurden, wie immer in der letzten Zeit, wenn man sonst nichts

weiss. Für die Gewerkschaftsfrage erbat man sich Bedenkzeit; man müsse doch die Basis konsultieren. Was der Parteiführung ein bisschen spät in den Sinn gekommen ist.

So verschob man den Entscheid auf Mitte Januar. Rakowski selbst und Regierungssprecher Urban nutzten die Zeit, um durch öffentliche Auftritte den ZK-Kurs möglichst schon auf die gewünschte Option der Kooperation festzulegen. Mit Walesa verfahren sie dabei so höflich, dass man fast auf ein ungesagtes Motto hätte schliessen können: Machen wir den Kerl fertig, indem wir ihn einen Vertrauensmann der Partei nennen.

Beinahe hätte sich Rakowski damit indessen selber vor dem ZK-Plenum fertiggemacht. Manche Genossen, und natürlich speziell die Vertreter der offiziellen Gewerkschaften, fühlten sich verraten. Schliesslich kam es doch zum Sieg des sogenannten Reformflügels, das heisst jenes Flügels, der mit halben Reformen einer ganzen Perestrojka ausweichen will.

Das bringt die Solidarnosc in Verlegenheit, ohne der Partei aus der Verlegenheit herauszuhelfen. ■

Das Dilemma, in welchem sich, wie im nebenstehenden Beitrag ausgeführt, die Solidarnosc befindet, ist laut deren eigenen Einschätzung nicht unlösbar. Auf jeden Fall wird sie laut Lech Walesa nunmehr Verhandlungen mit der Regierung in Richtung auf Legalisierung der Gewerkschaft aufnehmen. Am Ende dieser Phase könnte Polen wieder einen Gesellschaftsvertrag wie im Sommer 1980 haben.

Oder doch nicht? Wenn die Solidarnosc wirklich Bedingungen wie ein Streikverbot oder die Desavouierung militanter Mitkämpfer akzeptiert, könnte sie in einigen Belangen zum verlängerten Arm des Regimes werden und an Vertrauen einbüßen, vor allem bei den Jungarbeitern, die es schon letztes Jahr auf die Kraftprobe mit den Behörden hatten ankommen lassen wollen.

Andererseits ist es nicht so, dass kein Spielraum für Verhandlungen bestünde. Deren Scheitern wäre ein Scherbenhaufen in erster Linie für die Führung, die auf einen Konsens mit der Bevölkerung angewiesen ist. Mit welcher Erfolgsaussicht könnte sie gegebenenfalls versuchen, den Schwarzen Peter wieder der Solidarnosc zuzuschieben? Eine Neuauflage des Putsches vom 13. Dezember 1981 in welcher genauen Form auch immer kommt ernstlich kaum in Betracht; die Zeiten sind ringsum anders geworden. Und damals bildete die Massgeblichkeit des grossen Bruders den Hintergrund zu jedem lagerinternen Geschehen; heute impliziert die Nachbarschaft weder die gleiche Qualität wie damals noch den gleichen Willen zum Diktat.

Eben erinnert in Polen ein neuer Priester-mord an den vor gut vier Jahren sicherheitsdienstlich umgebrachten Jerzy Popieluszko. Falls es sich aber wirklich um ein Verbrechen von der gleichen Seite handeln sollte, wäre die Einbettung anders. Damals geschah die keineswegs isolierte Tat mit der stillschweigenden Billigung der Leute, die den Kriegszustand verwalteten und die sich erst durch das nicht kalkulierte Überleben eines Zeugen veranlasst sahen, durch Opferung der direkten Täter etwas Ballast abzuwerfen. Heute würde ein SD-arrangierter Mord dieser Art nicht einmal die Eventualbilligung des Regimes haben; er wäre eine direkte Provokation auch an dessen Adresse, der wütende Versuch, das Zustandekommen eines neuen Gesellschaftsvertrags zu verhindern. Mit unmenschlichen Mitteln, aber auch mit unbehelflichen Mitteln. Das würde – die gleiche Täterschaft immer vorausgesetzt – höchstens zeigen, wer vor der neuen Entwicklung am meisten Angst hat, nämlich die Anhänger der geübten Diktatur. Der Genosse Trend hat sie verlassen.

Christian Brügger